

✓

*Stütz 7.12.18*

# Stadt Heiligenhafen

*Wahl Kom. & Kar*

Peter Schlumbohm • Eichholzweg 6 b • 23774 Heiligenhafen

## Seniorenbeirat

An  
Herrn Bürgervorsteher  
Gottfried Grönwald

**Vorsitzender:**  
Peter Schlumbohm  
Eichholzweg 6 b  
23774 Heiligenhafen

Frau StV Monika Rübenkamp  
Vorsitzende des Stadtent-  
wicklungsausschusses

Tel.: (04362) 5080944  
Mobil: (0171) 5738089

Sprechzeiten:

nach Vereinbarung und jeden 2. Donnerstag im Monat  
von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr im Rathaus, Markt 4-5, Zi.  
112 (EG), Tel.: (04362) 906-712

**Betreff: Antrag zum bezahlbaren Wohnraum  
für die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 8.3.2018  
für die Sitzung der Stadtvertretung am 23.3.2018**

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch der Seniorenbeirat beschäftigt sich seit seiner Neugründung im November 2015 mit dem Problem „Bezahlbarer Wohnraum“ für die Einwohner der Stadt Heiligenhafen.

In der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 23.11.2017 wurde durch das Institut für Wohnraum und Stadtentwicklung (kurz ALP) eine Wohnraumanalyse für unsere Stadt vorgestellt mit dem Ergebnis, dass bezahlbarer Wohnraum für Einzelpersonen, für junge Familien und für Senioren fehlt.

Das Thema bezahlbarer Wohnraum war in den vergangenen Jahren immer wieder Gegenstand diverser Sitzungen des Stadtparlamentes, nur meßbare und entscheidende Vereinbarungen sind nicht getroffen worden.

An den Seniorenbeirat werden ebenfalls seit längerer Zeit Anfragen zu bezahlbarem Wohnraum für ältere Bürger gestellt.

Die älteren Bürger der Stadt Heiligenhafens, welche den Tourismus überhaupt erst aufgebaut haben, können sich teilweise die steigenden Miet-

kosten nicht leisten. Ältere Bauten, speziell in der Innenstadt, entsprechen nicht mehr dem heutigen Wohnungsstandard und sind durch den Wegzug von Familienangehörigen wegen Arbeitsplatzmangel zu groß. Vermietung an Urlauber und Gäste ist daher zwingend nötig, um die Gebäude unterhalten zu können. Der Ausbau des Tourismus in den letzten Jahren hat auch gezeigt, dass kaum Wohnraum für das benötigte Personal zur Verfügung gestellt werden kann. Auswärtige Investoren versuchen diese Lage auszunutzen und günstigen Wohnraum in der Innenstadt zu erwerben, vorhandene Gebäude abzureißen und durch teure Neubauten zu ersetzen, welche von den Heiligenhafener Bürgern nicht angemietet werden können. Unsere schöne Innenstadt verwaist und zerfällt somit zusehend. Gleichzeitig stehen mehrgeschossige Wohnhäuser am Rande der Innenstadt leer. Diese Wohnhäuser stehen im Eigentum von Wohnungsbaugesellschaften, welche ständig von neuen Eigentümern verwaltet werden, an eine Sanierung ist nicht zu denken. Der qm-Mietpreis mag zwar im mittleren Bereich liegen, aber es müssen hier zusätzlich hohe Nebenkosten aufgebracht werden. Leerstände von teilweise 50 % sind keine Seltenheit. **Ein Wohngebäude wird nicht kaputt gewohnt, sondern es steht sich durch Leerstand kaputt.**

Aus diesem Grunde erwartet der Seniorenbeirat von den verantwortlichen Politikern und der Verwaltung schnellstmöglich nachfolgende Punkte umzusetzen:

- Die Stadtverwaltung möge sich verbindlich festlegen, mit Wohnungsbaugesellschaften ernsthaft in Verbindung zu treten, um bezahlbaren Wohnraum für unsere Stadt zu schaffen. Durch die HVB sollte es doch möglich sein in Zusammenarbeit mit Baugesellschaften, Anteile der Baugesellschaft zu erwerben, Eigenmittel einzusetzen, Fördermittel der Landesregierung einzuwerben, leer stehende Gebäude und Grundstücke zu erwerben (z.B. Postlandstraße, Niobestraße etc.) abzubrechen und durch Neubauten zu ersetzen. Vorhandene städtische Grundstücke sollten mit einbezogen werden.  
Die Stadtverwaltung möge beschließen, die HVB zu beauftragen, bis zum 16. April 2018 ein Konzept vorzulegen, wie in Heiligenhafen sozialer bzw. bezahlbarer Wohnraum geschaffen bzw. zur Verfügung gestellt werden kann.  
Anstöße dazu wurden in dem Gutachten ALP gegeben.
- Des Weiteren ist der Erhalt und die Förderung innerstädtischen Wohnraums in den Fokus zu stellen; dieses würde auch eine Maßnahme zur Belebung der Innenstadt bedeuten.
- Es ist zu prüfen, welche städtischen Grundstücke für eine Bebauung in Frage kommen.

